



Hannes Walter
Ihr Bundestagsabgeordneter für
Elbe-Elster und Oberspreewald-Lausitz

[hanneswalter.spd](https://www.hanneswalter.spd)



Hannes Walter



Sehr geehrte Damen und Herren,

Der Ukrainekrieg hält uns weiter in Atem. Die dramatischen Bilder ausgebombter Häuser und fliehender Menschen erschüttern uns alle zutiefst. Die Hilfsbereitschaft der Menschen in Deutschland und auch speziell in unserer Region ist überwältigend. Für diese Hilfsbereitschaft bin ich sehr dankbar.

Der Ukrainekrieg betrifft uns alle unmittelbar. Nicht nur humanitär, sondern auch sicherheitspolitisch und wirtschaftlich sprechen wir von einer Zeitenwende. Als Wirtschaftspolitiker betrachte ich insbesondere die ohnehin angespannte Lage auf den Energiemärkten mit Sorge. Die stark steigenden Kosten für Strom, Lebensmittel, Heizung und Mobilität sind für viele Bürgerinnen und Bürger zu einer großen Belastung geworden. Manche der Kosten sind unmittelbar spürbar, wie zum Beispiel der Benzinpreis. Andere werden sich durch höhere monatliche Vorauszahlungen oder Nachzahlungen erst verzögert im Geldbeutel bemerkbar machen. Es ist klar, dass die Bundesrepublik durch Diversifizierung und Verbrauchsreduktion schnellstens unabhängig von russischen Energieimporten werden muss. Gleichzeitig bedarf es weiterer Entlastungen. Die vereinbarten Entlastungsmaßnahmen sollen helfen, Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmer, Familien, Studierende, sowie Unternehmen zu entlasten. Auch Rentnerinnen und Rentner sollen vom Wegfall der EEG-Umlage, von der abgesenkten Energiesteuer auf Kraftstoffe, von der ÖPNV-Aktion und - wenn sie Leistungsbezieher sind - von den Einmalzahlungen und dem Heizkostenzuschuss beim Wohngeld profitieren. Hinzu kommt die Rentenerhöhung für alle 22 Millionen Rentnerinnen und Rentner (5,3 Prozent in Westdeutschland und 6,1 Prozent in Ostdeutschland) am 1. Juli 2022.

Sicherheitspolitisch ist klar geworden, dass wir unsere Freiheit schützen und unsere Wehrhaftigkeit sicherstellen müssen. Deutschland muss seine Beistandspflichten in der NATO uneingeschränkt erfüllen können. Und dennoch bleibt die (Wieder-) Herstellung einer europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung unser Ziel, die für alle Staaten gleichermaßen Gültigkeit hat und die Unverletzbarkeit ihrer Grenzen garantiert. Wir werden uns Gesprächen mit Russland daher auch künftig nicht verweigern. Auch in dieser extremen Lage ist es die Aufgabe der Diplomatie, Gesprächskanäle offenzuhalten. Wir stehen ein für den Frieden in Europa. Wir werden uns niemals abfinden mit Gewalt als Mittel der Politik. Wir werden uns immer starkmachen für die friedliche Lösung von Konflikten. Und wir werden nicht ruhen, bis der Frieden in Europa gesichert ist. Dabei stehen wir nicht allein, sondern zusammen mit unseren Freunden und Partnern in Europa und weltweit.

Ihr Hannes Walter



Inhalt

- Die unsichtbare Mauer zwischen der Ukraine und Europa
- Statusbericht aus Berlin
- Unterwegs im Wahlkreis
- Büroköpfe: Florian Klein

Die unsichtbare Mauer zwischen der Ukraine und Europa

Der Krieg in der Ukraine beschäftigt uns alle intensiv. Tagtäglich werden neue russische Angriffe in der Ukraine gemeldet. Besonders betroffen und wütend zugleich machen mich Meldungen über Angriffe, die selbst mit dem Kriegsrecht nicht in Einklang zu bringen sind. Bombardierungen von Krankenhäusern, Schulen und Kindergärten sind durch nichts zu entschuldigen und aufs Schärfste zu verurteilen. Sie sind Kriegsverbrechen und stellen einen Zivilisationsbruch dar.



Der Ukrainische Präsident **Wolodymyr Selenskyj** während seiner Rede im Deutschen Bundestag

Der Krieg in der Ukraine zeigt uns, dass Frieden keine Selbstverständlichkeit ist und erinnert uns zeitgleich daran, wie wertvoll er ist. Ganz besonders bewegt haben mich daher die Worte, die der Präsident der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, am 17. März im Rahmen einer Bundestags Sitzung an uns als Abgeordnete gerichtet hat. Er gab uns allen zu bedenken, dass die deutsche Politik der vergangenen Jahre maßgeblich dazu beigetragen hat, eine unsichtbare Mauer zwischen der Ukraine und Europa aufzubauen. Nun fordert er uns dazu auf,

diese Mauer wieder einzureißen. Zeitgleich brachte Präsident Selenskyi auch seine Dankbarkeit für die bisherige Unterstützung Deutschlands zum Ausdruck. Diese verband er mit der Bitte nach weiterer Unterstützung, zum Beispiel bei der Errichtung einer Flugverbotszone über der Ukraine.

Die Situation in der Ukraine ist für uns alle ungeheuer belastend: Auf der einen Seite möchten wir jede Möglichkeit ergreifen, dem ukrainischen Volk zu helfen. Auf der anderen Seite gilt es, eine weitere Eskalation des Krieges zu verhindern. Eine direkte Konfrontation zwischen der NATO und der Nuklearmacht Russland könnte den dritten Weltkrieg auslösen. Hier braucht es trotz der hohen Emotionalität einen kühlen Kopf.

Ich sehe Momentan eine große Welle der Hilfsbereitschaft. Viele Menschen in Deutschland unterstützen die vor Terror und Krieg flüchtenden Ukrainerinnen und Ukrainer. Auch bei uns in der Region leisten viele Menschen Unglaubliches. Ob nun das Bündnis „Ukraine-Hilfe Elbe-Elster“ oder Hilfskonvois, die aus Senftenberg starten, die Hilfsbereitschaft ist bemerkenswert und sie kommt aus jeder Ecke im Wahlkreis. Ich bin sehr stolz auf die Menschen in unserer Region. Diese Solidarität ist bemerkenswert und ich wünsche mir, dass sie lange anhält.



Wolodymyr Selenskyj wurde über einen Livestream zugeschaltet

Ein schnelles Ende und eine friedliche Lösung hingegen wünsche ich mir beim Ukrainekrieg. Ich hoffe, dass die zahlreichen Gespräche, die rund um den Krieg stattfinden, dazu beitragen, selbigen schnell und friedlich beizulegen.

Statusbericht aus Berlin

Die neue Ampelkoalition ist gute 100 Tage im Amt. Doch an eine Schonfrist ist bei den vielen gleichzeitig auftretenden Herausforderungen nicht zu denken. Der schreckliche Angriffskrieg Putins auf die Ukraine, die Bekämpfung der Corona-Pandemie, die steigenden Energiepreise.

Jeder Tag bringt neue politische Entscheidungen. Jeden Tag müssen Dinge neu abgewogen und umgesetzt werden. Entsprechend intensiv war der Monat März. Bei aller Demut vor den schlimmen Geschehnissen in der Ukraine beschäftigen uns natürlich auch die direkten wirtschaftlichen Auswirkungen auf unser Land. Als Wirtschaftspolitiker sehe ich mit Sorge auf die hohen Energiepreise. Putins Krieg in der Ukraine lässt sie noch weiter ansteigen. Vor allem Menschen mit geringen und mittleren Einkommen haben mit den hohen Kosten zu kämpfen. Ich sage ganz klar: Heizen, Strom und Mobilität müssen für jeden bezahlbar sein. Zwei Entlastungspakete wurden verabschiedet, um Bürgerinnen und Bürger sowie unsere Unternehmen von den hohen Energiepreisen zu entlasten. Sie umfassen im Detail folgende Maßnahmen:

Maßnahmen des ersten Entlastungspaketes vom 23. Februar 2022

- Abschaffung der EEG-Umlage zum 1. Juli: Dadurch spart ein Drei-Personen-Haushalt mit einem Jahresverbrauch von 6.000 Kilowattstunden 133 Euro.
- Erhöhung der Fernpendlerpauschale rückwirkend zum 1. Januar 2022 auf 38 Cent ab dem 21. Kilometer. Zudem können höhere Werbungskosten von der Steuer abgesetzt werden.
- Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger, Azubis und Studierende: Der Zuschuss wird automatisch ohne Antragstellung ausbezahlt und beträgt für eine Person 270 Euro; bei zwei Personen 350 Euro und bei jeder weiteren Person je 70 Euro. Studierende und Azubis erhalten einmalig 230 Euro.
- Einmalzahlung von 100 Euro für Bedürftige: Davon profitieren vor allem Menschen, die Arbeitslosengeld II oder Grundsicherung beziehen.
- Sofortzuschlag von 20 Euro pro Monat für von Armut betroffene Kinder: Bis zur Einführung der Kindergrundsicherung helfen wir damit denjenigen Kindern, die besondere finanzielle Unterstützung brauchen.
- Höherer Grundfreibetrag: Der steuerfreie Anteil des Einkommens steigt von derzeit 9.984 Euro um 363 Euro auf 10.347 Euro.
- Erhöhung des Arbeitnehmerpauschbetrags um 200 Euro auf 1.200 Euro. Der erhöhte Freibetrag gilt rückwirkend ab dem 1. Januar 2022.
- Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro: Damit erhöhen wir das Nettoeinkommen für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland.
- Verlängerung des Kurzarbeitergeldes: Wir verlängern die Sonderregelungen bis zum 30. Juni 2022 und unterstützen damit Beschäftigte und Unternehmen in der Pandemie.
- Steuerliche Erleichterungen: Wir entlasten weiterhin die Wirtschaft in der Pandemie und haben das Vierte Corona-Steuerhilfegesetz beschlossen:

- o Erweiterte Verlustverrechnung
- o Verlängerung degressive Abschreibung um ein Jahr
- o Verlängerung der Home-Office-Pauschale um ein Jahr
- o Steuerbefreiung Zuschüsse zum Kurzarbeitergeld
- o Steuerfreiheit für den Corona-Pflegebonus

Maßnahmen des zweiten Entlastungspaketes vom 24. März 2022

Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger

- Energiepreispauschale von 300 Euro für einkommenssteuerpflichtige Erwerbstätige und Selbständige. Zudem unterliegt die Pauschale der Einkommenssteuer, sodass sie umso geringer ausfällt, je höher der Steuersatz ist.
- Einmalbonus von 100 Euro für jedes Kind: Damit federn wir besondere Härten für Familien ab. Der Bonus wird auf den Kinderfreibetrag angerechnet.
- Einmalzahlung von 100 Euro für Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen: Die Zahlung gilt zusätzlich zu der bereits im Februar beschlossenen Einmalzahlung von 100 Euro.
- Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe: 3 Monate lang 30 Cent weniger für Benzin und 14 Cent weniger für Diesel (europäisches Mindestmaß) .
- ÖPNV-Flatrate für 9 Euro pro Monat: Sie gilt 90 Tage lang für alle Bürgerinnen und Bürger

Stabile Energieversorgung durch Diversifizierung unserer Energiequellen

- Ausbau der Erneuerbaren Energien: Die Bundesregierung wird noch in 2022 die dafür notwendigen Gesetze auf den Weg bringen, um vor allem Genehmigungs- und Planungsverfahren zu beschleunigen.
- Bereitstellung von Gas: Wir werden die Beschaffung und den Import von Flüssiggas (LNG) beschleunigen. Dazu wird die Bundesregierung zeitnah den Bau von Flüssiggas-Terminals unterstützen. Wichtig ist, dass diese auch H₂-ready sind, also nutzbar für Wasserstoff. Zudem haben wir bereits ein Gesetz auf den Weg gebracht, das die Betreiber von Gasspeichern zu Mindestfüllständen verpflichtet.
- Förderung von Wasserstoff: Wir beschleunigen den Hochlauf unserer Wasserstoffwirtschaft und bauen unsere internationalen Lieferpartnerschaften aus. Dazu werden wir auch verstärkt klimaneutralen Wasserstoff importieren.

Stärkung des Ordnungsrahmens

- Entlastungen für Verbraucherinnen und Verbraucher gewährleisten: Wir werden alle Möglichkeiten prüfen, durch kartell- und wettbewerbsrechtliche Maßnahmen sicherzustellen, dass die Absenkung der Energiesteuern und sinkende Rohstoffpreise auch wirklich an die Kundinnen und Kunden weitergegeben werden.
- Stärkung der Marktaufsicht und -regulierung: Wir wollen, auch mit unseren europäischen Partnern, an Lösungen arbeiten, um künftigen Fehlentwicklungen auf den Rohstoffmärkten besser begegnen zu können.

Verringerung des Energieverbrauchs

- Förderung von energieeffizienten Gebäuden: Wir reformieren das Gebäudeenergiegesetz und legen im Neubau ab 1. Januar 2023 den Effizienzstandard 55 fest. Zudem soll ab 2024 möglichst jede neu eingebaute Heizung zu 65 Prozent mit Erneuerbaren Energien betrieben werden. Für Immobilieneigentümerinnen und -eigentümer werden wir den Austausch von über 20 Jahre alten Heizungsanlagen erleichtern.

- Stärkung der Fernwärme: Wir werden eine flächendeckende kommunale Wärmeplanung einführen und als zentrales Koordinierungsinstrument für lokale, effiziente Wärmenutzung verankern. Wir wollen bei der Fernwärme für 2030 einen Anteil von mindestens 50 Prozent klimaneutraler Wärme erreichen. Dazu werden wir unter anderem dafür sorgen, dass Abwärme schnell und unkompliziert in die Fernwärme integriert werden kann.

Im März fand zudem die erste Lesung des Bundeshaushaltes statt.

Im Vergleich zu dem Gesetzentwurf, den noch die Große Koalition in der vergangenen Wahlperiode eingebracht hatte, der wegen der anstehenden Bundestagswahl aber nicht mehr beraten worden war, erhöhen sich die Ausgaben um 14,6 Milliarden Euro. Davon entfallen 50,8 Milliarden Euro auf Investitionen, 10 Milliarden Euro mehr im Vergleich zum Vorkrisenniveau 2019. Dieser Betrag soll bis 2026 verstetigt werden.

Wir stärken vor allem den Ausbau der Erneuerbaren Energien und fördern innovative Technologien wie Wasserstoff. Dazu stellen wir im Klima- und Transformationsfonds (KTF) zwischen 2022 und 2026 mehr als 200 Milliarden Euro zur Verfügung.

Klimaschutz gelingt nur durch nachhaltige Mobilität. Deshalb steigen auch unsere Verkehrsinvestitionen - auf rund 20,5 Milliarden Euro bis 2026. Mit dem Geld stärken wir vor allem den Schienenverkehr und sanieren unsere Verkehrswege.

Durch umfangreiche Investitionen in die Forschung sichern wir eine sozial gerechte und innovative Zukunft. Mit der Gründung der Deutschen Agentur für Transfer und Innovation (DATI) wollen wir die regionale Innovationsförderung stärken und dazu beitragen, dass Ideen aus der Wissenschaft künftig schneller in die Praxis umgesetzt werden.

Die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf den Bundeshaushalt sind momentan noch nicht absehbar. Dennoch sind im jetzt vorgelegten Regierungsentwurf schon erste Maßnahmen berücksichtigt.

So sind im Haushalt 2022

- 1,5 Milliarden Euro zur Anlegung und Auflösung von Gasreserven,

- 1 Milliarde Euro Vorsorge für Maßnahmen der humanitären Hilfe, der Krisenbewältigung und Ernährungssicherheit und

- 150 Millionen Euro finanzielle Unterstützung für die Ukraine durch die Absicherung eines von der Kreditanstalt für Wiederaufbau ausgereichten neuen ungebundenen Finanzkredits abgebildet.

Ein Ergänzungshaushalt wird demnächst vorgelegt.

➤ Unterwegs im Wahlkreis

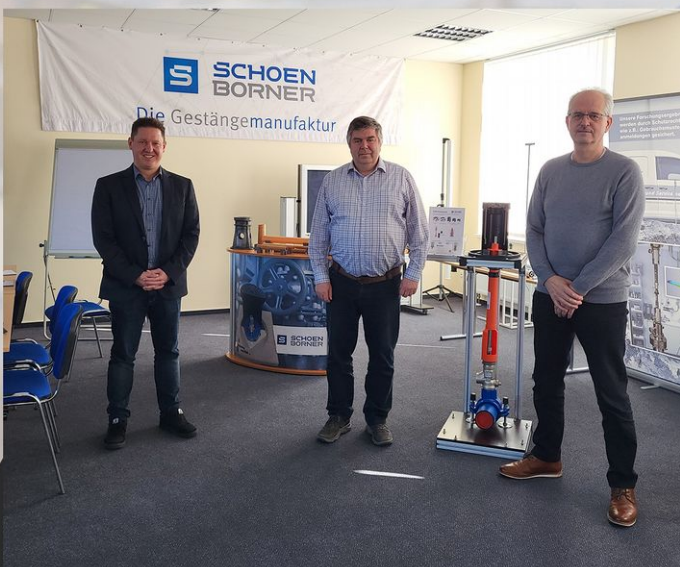
Durch den Krieg in der Ukraine waren auch die Wahlkreiswochen mit vielen Sondersitzungen der Ausschüsse und der Fraktion gefüllt. Dennoch habe ich wieder viele persönliche Gespräche im Wahlkreis geführt. Für die zahlreichen Anregungen bin ich sehr dankbar. Diese nehme ich gerne mit nach Berlin. So habe ich zum Beispiel die Polizeioberinspektionen in Finsterwalde und Senftenberg besucht. Die Polizistinnen und Polizisten leisten hier hervorragende Arbeit, was man an der vergleichsweise geringen Kriminalität in der Region erkennen kann. In Mühlberg/Elbe und Bad Liebenwerda habe ich mit den Bürgermeistern gesprochen. Der Flüchtlingsstrom aus der Ukraine zeigt einmal mehr, dass viele wichtige Entscheidungen in Berlin und Potsdam getroffen werden. Diese müssen dann vor Ort umgesetzt werden. Daher ist es mir sehr wichtig, im Austausch mit den kommunalen Amtsträgern zu stehen, die örtlichen Gegebenheiten zu kennen und die harte Arbeit, die die Kommunen leisten, zu honorieren. In Bad Liebenwerda habe ich mich mit dem Team der Orgelakademie getroffen. Die Förderung mit Bundesmitteln ist ausgelaufen. Hier setze ich mich dafür ein, dass weitere Mittel in Zukunft zur Verfügung gestellt werden.

In Hennersdorf habe ich mich mit Thomas Ebert, dem Geschäftsführer der Schönborner Armaturen GmbH, getroffen. Zusammen mit Prof. Holger Seidlitz vom Fraunhofer Institut und Prof. Wolfgang Nendel von der TU Chemnitz hatten wir ein gutes, intensives Gespräch über das Förderprogramm ZIM (Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand). Die Mittel des Programms für dieses Jahr sind bereits erschöpft, was das Ende von sehr vielen Forschungskoooperativen bedeuten würde. Hier müssen dringend Mittel im Haushalt zur Verfügung gestellt werden. Dafür setze ich mich in Berlin mit Nachdruck ein. Am Frauentag war ich in Senftenberg und Großräschen gemeinsam mit dem Landtagsabgeordneten Wolfgang Roick unterwegs. Wir haben den Frauen vor Ort zu ihrem Feiertag gratuliert und dabei auch viele gute Gespräche führen können. Diese Woche habe ich in Schlieben ein Grußwort bei der Infoveranstaltung zur Klimabilanzierung für Unternehmen von dem erst im letzten Jahr gegründeten Effizienz-Netzwerk Schliebener Land gehalten. Es ist gut, dass auch die kleinen und mittelständischen Unternehmen vor Ort einen Anlaufpunkt haben, der ihnen beim Übergang in eine CO₂-neutrale Wirtschaft hilft.

Ende des Monats habe ich in einer digitalen Fraktion-vor-Ort Veranstaltung zusammen mit meinem Fraktionskollegen Bernd Rützel über die Mindestloohnerhöhung auf 12 € und andere sozialpolitische Vorhaben der SPD berichtet. Allein in Elbe-Elster und



Zu Besuch bei der Polizeioberinspektion in Finsterwalde - mit **Edgar Simmula** (Leiter der Polizeioberinspektion)



Im Gespräch mit **Thomas Ebert** (Geschäftsführer Schönborner Armaturen GmbH) und Prof. **Wolfgang Nendel** (TU Chemnitz)

Oberspreewald-Lausitz werden 22.000 Menschen von der Erhöhung des Mindestlohnes profitieren. Ein wichtiger Erfolg für die SPD und die Menschen in unserem Wahlkreis. Ein Höhepunkt war die Kommandoübergabe des Einsatzführungsbereiches 3 von Oberst Andreas Springer an den Oberstleutnant Karsten Olf im Fliegerhost Holzdorf bei Schönewalde. Oberst Springer hat sehr gute Arbeit geleistet und betonte die Einsatzfähigkeit der Truppe. Mit dem angekündigten Sondervermögen für die Bundeswehr gilt es jetzt, die Truppe adäquat auszustatten. Es war mir als Mitglied des Deutschen Bundestages eine Freude, unserer Parlamentsarmee die Ehre zu erweisen.



Im Austausch mit **Dieter Jähnichen** -
Bürgermeister Mühlberg



Unterwegs am Frauentag - Zusammen mit
Wolfgang Roick (MdL) in Großräschen



Vor dem Rathaus mit **Johannes Berger** -
Bürgermeister Bad Liebenwerda



Zu Besuch in der Orgelakademie (Bad
Liebenwerda) mit **Dietmar Menzel**,
Marie Rosenhahn und **Karsten Voigt** (v.l.n.r.)



Unterwegs am Frauentag - Zusammen mit
Kerstin Weide (Kreistagsabgeordnete)
in Senftenberg



Zu Gast bei der Mitgliederversammlung des Ortsvereins Senftenberg mit **Jens Forberg** - Vorsitzender des Ortsvereins und **Ilona Karwatka** - stellv. Vorsitzende



Mit **Nadine Hönicke** - Bürgermeisterkandidatin der SPD Senftenberg



Grüßwort bei der Infoveranstaltung des Effizienz-Netzwerk Schliebener Land



Im Austausch mit **Jörg Wiedemann** (Schulleiter) und **Madlen Bär** (Geschäftsführerin - HEC Bildungsakademie GmbH)

➤ **Büroköpfe: Florian Klein**



In dieser Ausgabe möchte ich Ihnen meinen Mitarbeiter Florian Klein vorstellen. Er ist 35 Jahre alt und hat zuvor im Büro der SPD Elbe-Elster gearbeitet. Florian hat an der Freien Universität Berlin studiert und ist nach seinem Master in Religionswissenschaft wieder zurück in die Heimat gekommen. Hier leitet er inzwischen mein Wahlkreisbüro in Finsterwalde und ist auch in der SPD vor Ort aktiv. Zu seinen Kernaufgaben gehören u.a. die Organisation von Terminen und deren fachliche Begleitung. Zudem schreibt er Pressemitteilungen und bearbeitet die Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern. Florian ist somit Ansprechpartner für alles, was den Wahlkreis betrifft und meist auch die erste Anlaufstelle für alle Bürgerinnen und Bürger, die ein Anliegen an mich haben.

➤ **Terminauswahl - April 2022**

- KW 14** - 28.03. - 03.04. Unterwegs im **Wahlkreis**
03.04. - Besuch Kreismusikschule „Gebrüder Graun“ - Bad Liebenwerda
- KW 15** - 04.04. - 10.04. Sitzungswoche in **Berlin**
- KW 16** - 11.04. - 17.04. Unterwegs im **Wahlkreis**
11.04. - Lebenshilfe Finsterwalde (Paritätischer Bund)
13.04. - Ortsverein Massen JHV
- KW 17** - 18.04. - 24.04. Unterwegs im **Wahlkreis**
21.04. - Vortrag Rotary Club Finsterwalde
21.04. - Treffen mit Heinz-Wilhelm Müller (Vorsitzender) Agentur für Arbeit Cottbus
- KW 18** - 25.04. - 01.05. Sitzungswoche in **Berlin**

➤ **Feedback & Anregungen**

Jetzt sind Sie gefragt. Wenn Sie Feedback oder Verbesserungsvorschläge für meine Wahlkreispost habt, dann lassen Sie es mich gerne wissen. Schicken Sie uns Anregungen an folgende E-Mail-Adresse: **hannes.walter@bundestag.de** oder telefonisch unter: **030 227 739 92**

9

Impressum

Berliner Büro

Postanschrift:

Hannes Walter MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

030 227 739 92

hannes.walter@bundestag.de

Wahlkreisbüro Finsterwalde

Postanschrift:

Hannes Walter MdB

Wilhelm-Liebknecht-Straße 6A

03238 Finsterwalde


03531 6083803

hannes.walter.wk@bundestag.de



 <https://hannes-walter.spd.de/>

 facebook.com/walterwaehlen

 instagram.com/hanneswalter.spd